

«Konvertiten sind oft radikal»

Islam-Experte Beat Stauffer sagt, der Islamische Zentralrat müsse genau beobachtet werden. Beunruhigend sei vor allem der Einfluss auf junge, labile Muslime. Bisher habe sich der Zentralrat aber juristisch nichts zuschulden kommen lassen.

Der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS) machte nach seiner Gründung vor einigen Monaten Schlagzeilen. Nun ist die Aufregung noch grösser. Die Rede ist gar von Terrorismus. Was hat sich in der Zwischenzeit geändert?



Beat Stauffer: Meines Wissens hat sich nichts Grundsätzliches geändert. Der Zentralrat – der Begriff ist übrigens irreführend – ist lediglich aktiver geworden und damit hat sich noch deutlicher gezeigt, welche stockkonservativen, auf strikte Abgrenzung angelegten Islam diese Splittergruppe um die Konvertiten Nicolas Blanco und Qaasim Illi vertritt. Für viele abschreckend wirkt insbesondere das Frauenbild, welches der Zentralrat vertritt.

Dann ist das Ganze also nur ein medialer Sturm im Wasserglas? Nein, das nicht. Die Gruppe ist ideologisch in der Tat sehr radikal, wie es oft gerade bei Konvertiten vorkommt. Damit will ich nicht sagen, dass alle Konvertiten zu radikalen Positionen neigen; die meisten Schweizer Konvertiten stehen vielmehr dem sufistischen Islam nahe.

Der Zentralrat will, dass strenggläubige Muslime wie auch orthodoxe Juden weitgehend nach ihren eigenen Vorstellungen leben können. In einem liberalen Staat ist das, immer innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen, doch ein legitimes Anliegen?

Geht es wirklich nur darum, sein eigenes Leben friedlich zu leben, ist dagegen tatsächlich wenig einzuwenden. Schliesslich leben auch freikirchliche Kreise oft ganz anders, als es die Mehrheit der Bevölkerung tut. Das Problem: Strenggläubige jüdische oder christliche Gruppen tendieren ganz selten zu Gewalt, bei fundamentalistischen Muslimen kommt dies hingegen sehr viel häufiger vor.

Besteht also die Gefahr von Terrorismus? So weit würde ich nicht gehen. Meines Wissens hat der Zentralrat bisher nichts gemacht, was illegal wäre. Man weiss aber aus anderen Ländern, dass sich unter den europäischen Kaida-Aktivisten oder Sympathisanten viele Konvertiten befinden. Und da sie meist europäische Pässe besitzen, können sie im schlimmsten Fall auch nicht des Landes verwiesen werden.

Aber der Zentralrat hat sich immer wieder klar gegen Gewalt ausgesprochen. Zumindest was die Schweiz betrifft, stimmt das. In Bezug auf Länder hingegen, wo Muslime aus ihrer Sicht zu Opfern werden, also etwa Israel, bleiben ihre Aussagen zwiespältig. Zudem sind diese Leute sehr geschickt. Sie würden sich auch dann nicht für Gewalt in der Schweiz aussprechen, wenn sie diese heimlich guthiessen würden.

Dann ist der Islamische Zentralrat eben möglicherweise doch ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz? Eine unmittelbare Terrorgefahr sehe ich wie bereits angedeutet nicht. Beunruhigend ist aus meiner Sicht aber der Einfluss, den die Organisation auf junge muslimische Einwanderer oder Schweizer Konvertiten haben könnte. Sollte sich bestätigen, dass der Zentralrat junge, psychisch labile Muslime in islamistische Trainingscamps oder an ultrakonservative Koranschulen schickt, wäre das schon sehr bedenklich.

Wie soll die Schweizer Öffentlichkeit, wie sollen auch die anderen muslimischen Organisationen mit dem Islamischen Zentralrat umgehen? Diese Leute müssen wissen, dass sie beobachtet werden, und dass sich die Schweizer Öffentlichkeit nicht mit wohlklingenden Erklärungen abspesen lässt. Besonders schwierig ist die Situation für die bereits etablierten muslimischen Organisationen. Ich denke, sie müssen sich klarer vom islamischen Zentralrat Schweiz abgrenzen, was sie nun offenbar auch tun.

«Die Leute würden sich nicht für Gewalt aussprechen, auch wenn sie diese heimlich guthiessen»

Beat Stauffer

INTERVIEW: MICHAEL BRUNNER

Beat Stauffer arbeitet als freischaffender Journalist für verschiedene Medien (NZZ, Radio DRS u. a.) sowie als Kursleiter und Referent. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Nordafrika, Islam/islamistische Bewegungen und Integration/Migration.



Teilnehmer am Zentralratsseminar in Disentis. Sind sie fromme Muslime oder labile Mitläufer mit Hang zum Terror? Bild: key

SCHWEIZ

Groupe Mutuel krebst zurück

BERN – Ein Streit zwischen der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) und der Krankenkasse Groupe Mutuel endet aussergerichtlich: Kunden, die wegen der Schweinegrippe eine Zusatzversicherung abgeschlossen hatten, dürfen sie vorzeitig kündigen. Dafür zieht die SKS ihre Strafanzeige zurück. Dies teilte die SKS gestern mit. Gegenstand des Streits war ein Sonderangebot der Groupe Mutuel während der Schweinegrippepandemie: Die Kasse hatte ihre Versicherten mit einer Heilungskosten-Zusatzversicherung geködert und behauptet, nicht alle Kosten für die Behandlung der Schweinegrippe würden von der Grundversicherung abgedeckt.

GSoA will keine Wehrpflicht

SOLOTHURN – Schweizer Männer sollen nicht länger zum Militärdienst verpflichtet werden – die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lanciert eine entsprechende Volksinitiative. Dies hat sie am Samstag an ihrer Vollversammlung beschlossen. Die allgemeine Wehrpflicht sei das «Kernstück des überholten Massenheeres» und gehöre «schon lange abgeschafft», teilte die GSoA mit. Zudem widerspreche der Zwang zum Militärdienst der persönlichen Freiheit des Einzelnen. Der Initiativtext sieht deshalb vor, in der Bundesverfassung festzuschreiben, dass niemand zum Militärdienst gezwungen werden kann. Beibehalten werden soll hingegen der Zivildienst als freiwilliger Dienst. (sda)

Der Anruf ersetzt den Arzt noch nicht

Telemedizin boomt. Dennoch sind die Wartezimmer voll: Die Patienten nutzen den Service zusätzlich.

BERN – Fast sechsmal pro Jahr gehen Schweizerinnen und Schweizer im Schnitt zum Arzt – Tendenz steigend. Gemäss Krankenkassenverband Santésuisse haben vor allem Spitalambulatorien immer mehr zu tun. Gleichzeitig explodiert die Zahl der Anrufe in den Callcenters: Allein Medi24 führte letztes Jahr rund 400'000 Beratungen durch, doppelt so viele wie noch 2006.

Auch für das laufende Jahr rechnet Martin Denz, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Telemedizin, mit einem rasanten Wachstum. Medigate geht von bis zu 5000 Anrufen pro Tag aus, Medi24 von bis zu 3000. Auf das Jahr hochgerechnet wären dies fast drei Millionen Patienten. Gemäss statistischen Auswertungen der beiden grossen Anbieter sind zwei Drittel der Beratungen abschliessend: Die Patienten suchen danach weder einen Arzt noch ein Spital auf. Die Beratung kann dabei sehr unterschiedlich ausfallen, wie Denz erklärt.

Rezept direkt an Apotheke

In vielen Fällen werde festgestellt, dass gar kein medizinisches Problem vorliegt. Gewisse Beschwerden – etwa eine Blasenentzündung – könnten oft einwandfrei am Telefon diagnostiziert werden. Das Rezept für die nöti-

ge Therapie werde dann direkt an die nächste Apotheke geschickt. Sogar orthopädische Behandlungen seien möglich, sagte Denz. Ein gebrochener kleiner Zeh etwa könne problemlos vom Patienten selbst mit Pflaster gesichert werden. Telemedizin könne auch die Betreuung chronisch Kranker oder die elektronische Überwachung der Herzfunktion umfassen.

Mit den Möglichkeiten und der Qualität wächst auch die Akzeptanz telemedizinischer Leistungen. Fast alle grossen Krankenkassen bieten ihren Versicherten gratis Zugang zu einer medizinischen Telefonberatung. Inzwischen nutzen rund drei Viertel der Bevölkerung einen solchen Service.

Dadurch könnten sich die Ärzte auf die schweren Fälle konzentrieren, sagte Jacques de Haller, Präsident des Ärztesverbands FMH. «Dagegen ist

nichts einzuwenden, zumal es immer mehr Arbeit für immer weniger Ärzte gibt.» Nach Ansicht von Santésuisse-Sprecher Felix Schneuwly dient Telemedizin der ersten Einteilung der Fälle. Möglicherweise würden auch Kosten eingespart, wenn Bagatellfälle am Telefon erledigt werden könnten.

Weder er noch Telemedizin-Experte Denz haben aber eine Erklärung für die Tatsache, dass die Arztbesuche zunehmen, obwohl die Patienten immer mehr telemedizinische Beratungen in Anspruch nehmen. Es sei unklar, wie gross das Wachstum ohne Telemedizin wäre, sagte Schneuwly. Denz erwähnt die alternde Bevölkerung und die wachsende Zahl der chronisch Kranken. Beim derzeitigen Ärztemangel könnten die vielen Fälle ohne Telemedizin gar nicht mehr bewältigt werden, ist er überzeugt. (NICOLAS HEHL (sda))

Telefonische Beratung ist freiwillig

Die Gesundheitskosten könnten um rund 10 Prozent gesenkt werden, wenn sich alle Versicherten vor dem Arztbesuch per Telefon medizinisch beraten lassen müssten. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Universität Lausanne. Die Kosten im traditionellen Versicherungsmodell würden pro Jahr rund 150 Franken höher liegen. Das entspricht etwa 10 Prozent der durchschnittlichen Gesundheitskosten. In der Schweiz

gibt es keine Pflicht der Versicherten, eine telefonische Beratung in Anspruch zu nehmen.

Der Bundesrat geht davon aus, dass telefonische Beratungsdienste zur Kosteneindämmung beitragen können, wie er in der Botschaft zur laufenden KVG-Revision schreibt. Darin schlug er vor, dass Kassen einen solchen Service anbieten müssten. Das Parlament hat die Bestimmung aus der Vorlage gekippt. (sda)

AUFGEFALLEN

James Bond bald unter Pendlern

BERN – Die SBB-Kunden sind unzufrieden. Doch jetzt will Bahnchef Andreas Meyer dem Misstand beikommen. Er setzt laut der Zeitung «Sonntag» «Mystery Clients» ein: «Das sind SBB-Angestellte, die undercover als Kunden unterwegs sind und die Qualität der Leistungen messen», sagt er. Zugbegleiter in geheimer Mission also, oder eben, James Bond im Pendlerverkehr. Wie der neue «007»-Streifen wohl heissen würde? «Lizenz zum Drängeln» vielleicht. (ea)

Muslime dürfen erst nach dem Dienst beten

In einem neuen Merkblatt regelt die Schweizer Armee den Umgang mit nicht-christlichen Wehrleuten.

BERN – Das Merkblatt für nicht-christliche Soldaten der Schweizer Armee regelt neben den Speisegeboten wie dem Schweinefleischverbot auch die Gebetszeiten. Dies entspreche einer Tradition der Schweizer Armee, sagte VBS-Sprecher Martin Bühler zu einem Bericht der «NZZ am Sonntag». Schon immer habe das Militär im Wissen, eine Zwangsgemeinschaft zu sein, Ausnahmen gemacht und genehmigt. Sonderregelungen gebe es bereits für jüdische Kameraden. Auch Landwirte etwa profitierten von Ausnahmen, wenn in ihrem Betrieb Not am Mann sei.

Nun können muslimische Rekruten vor der Sommer-RS beim Schulkommando melden, dass sie kein Schweinefleisch essen. Unterdessen ist in einzelnen Rekrutenschulen rund jeder zehnte angehende Soldat ein Muslim. Die Küche wird ihnen Alternativmenüs aufsuchen. Auch die Selbstverpflegung ist möglich.

Das Merkblatt regelt auch den Urlaub für die offiziellen religiösen Feiertage und die Gebetszeiten. Da ein Muslim im Wehrdienst die fünf täglichen Gebetszeiten nicht gut einhalten kann, soll er sie nach Dienstschluss in einem Gebet zusammenfassen. Nach Armeeangaben ist dies möglich. Das Merkblatt wurde zusammen mit zwei Muslimen ausgearbeitet.

Für die Gebete von Angehörigen aller Religionen stellt die Armee geeignete Räume zur Verfügung. Auf einzelnen Waffenplätzen gibt es einen «Raum der Stille». Wo solche Räume fehlen, kann auch ein Schulungsraum benutzt werden. (sda)

Freiburger Bischof schützt Priester

FREIBURG – Der Bischof von Lausanne, Freiburg und Genf hat zwar einen Priester vom Amt suspendiert, der sich mit einer Frau eingelassen hatte. Einen anderen, der in den 1970er-Jahren ein Mädchen missbraucht haben soll, liess er aber im Amt. Dieser Priester übe seine Funktionen weiter aus, bestätigte Bistumssprecher Nicolas Betticher einen Artikel der Westschweizer Sonntagszeitung «Le Matin Dimanche». Die Indizien würden zu einer Suspendierung nicht ausreichen. In seiner gegenwärtigen Pfarrei sei nie auch nur der Schatten eines Verdachts auf den Geistlichen gefallen. Seine Gemeindeglieder würden den Pfarrer unterstützen. Das Bistum warte auf die Ergebnisse der Justizbehörden.

Gegen den weiterhin amtierenden Pfarrer läuft im Kanton Neuenburg seit 2008 ein Strafverfahren. Darin geht es um Übergriffe gegenüber einer erwachsenen Frau vor gut zehn Jahren. Der Missbrauch des Mädchens in den 1970er-Jahren ist verjährt. (sda)